

Der Kaspische Raum - Zwischen "Great Game" und "Seidenstraße"

Einleitung

Im ersten nachsowjetischen Jahrzehnt erlangten die Regionen beiderseits des Kaspischen Meeres, Kaukasien und Zentralasien, mit ihren acht unabhängig gewordenen Staaten eine Prominenz, die in Kontrast zu ihrer vorherigen Randlage an der Süd- und Ostperipherie der Sowjetunion stand. Die Themen, die diese Prominenz beförderten, waren teils positiv, teils negativ besetzt: Die Unabhängigkeit ehemaliger Sowjetrepubliken, die Entdeckung bislang kaum explorierter Energielagerstätten im Kaspischen Becken und großartige Projekte für "neue Seidenstraßen" zwischen Europa und Asien. Auf der anderen Seite die Schwierigkeiten der Staaten- und Nationenbildung, Sezessionskonflikte im Kaukasus und der Ausbruch des Bürgerkrieges in Tadschikistan, transitionsbedingte sozialökonomische Krisen mit einer gravierenden Wirtschaftsschrumpfung in den ersten Jahren der staatlichen Unabhängigkeit sowie problematische Erbschaften der sowjetischen Vergangenheit, darunter gravierende Umweltschäden und umstrittene Grenzen. Dazu kam die Nachbarschaft oder Nähe nuklearer Groß- und Regionalmächte wie Russland, China Indien und regionaler Konflikttherde wie Afghanistan.

Spätestens seit dem Abschluss des sogenannten "Jahrhundertvertrags" zwischen Aserbaidschan und einem Konsortium ausländischer Firmen über die Ausbeutung der drei bis dahin größten Energielagerstätten vor der aserbaidshianischen Küste des Kaspischen Meeres im Jahre 1994 wurde dieser Raum vor allem im Zusammenhang mit Energiepolitik wahrgenommen. Für europäische und asiatische Märkte bot der noch kaum explorierte Reichtum kaspischer Energierohstoffe die Aussicht auf eine teilweise Minderung bisheriger Abhängigkeiten vom Kartell der OPEC und eine Diversifizierung der Exportmärkte für Erdöl und -gas. Die Region um das Kaspische Meer, historisch die älteste Förderregion überhaupt, wurde in dieser Hinsicht erneut entdeckt: Als eine energiepolitische Interessenzone und dementsprechend auch als eine Bühne der wirtschaftlichen und politischen Einflusskonkurrenz externer Mächte.

Vor allem drei Faktoren bestimmten dieses Interesse an ehemaligen Randregionen der Sowjetunion, die der Weltöffentlichkeit zuvor weitgehend unbekannt waren: Schwankende Schätzungen über das Volumen von Erdgas- und Erdöl-Lagerstätten im Kaspischen Becken und damit zusammenhängend die Frage der Exportrouten. Da wurden Pipeline- und Transportprojekte zur Öffnung kaspischer Rohstoffregionen diskutiert, die in alle Himmelsrichtungen weisen und aufnahmefähige Importmärkte in Europa, der Türkei, China und Südasien anpeilen, dabei aber teilweise auf wirtschaftliche, technische, politische oder strategische Vorbehalte und Hindernisse stoßen und häufig durch Konfliktzonen oder in deren Nähe verlaufen. Ein Netz projektierte Pipelines und strategischer Interessenlinien externer Akteure legte sich über Regionen, die sich durch komplizierte Konfliktlagen und die Instabilität neuer, noch ungefestigter Staaten hervorheben. So liegen die Themen "Energieressourcen und Pipelines", "Konflikte und Instabilität" sowie "Einfluss und Konkurrenz externer Akteure" in bezug auf den hier behandelten Raum dicht beieinander.

Zwischen Persischem Golf und Nordsee: Der kaspische Raum als Rohstoffregion

Ein Repräsentant externer Wirtschaftsinteressen, der Vorstandsvorsitzende von British Petroleum, bezeichnete die Region 1998 als "the greatest unexplored and underdeveloped oil province in the world" (Turkistan Newsletter, 26.2.1998, zit. nach Friedemann Müller 2000). Er brachte damit die Diskrepanz zwischen ihrem schätzbaren Wirtschaftspotenzial und der gegenwärtigen Wirtschaftsleistung zum Ausdruck. So tritt im Südkaukasus Aserbaidschan als ein potenzieller Erdöl- und Erdgasexporteur und Georgien als ein relevantes Transitland für kaspische Rohstoffe hervor, aber die kumulierte Wirtschaftsleistung der drei südkaukasischen Staaten (einschließlich Armeniens) entspricht vorläufig der Bremens, des kleinsten deutschen Bundeslandes. Das Nationalprodukt aller zentralasiatischen Staaten zusammengenommen ist weitaus geringer als das der Türkei oder das des Iran.

Die Einschätzung des Rohstoffpotenzials unterlag starken Schwankungen, ist der kaspische Raum doch bisher viel weniger erkundet als die Golfregion. Gegen Ende der 90er Jahre wurden anfänglich übertriebene, von politischen Einflüssen verzerrte Schätzungen nach unten korrigiert. Zudem dämpfte der damals sinkende Weltmarktpreis für Erdöl die kaspische Euphorie. Doch neuere Funde - im Jahr 2000 begann die Exploration des riesigen Ölfelds Kashagan an der Nordküste des Kaspischen Meers in Kasachstan, das als die größte in den letzten Jahrzehnten entdeckte Energielagerstätte gilt - und die wieder steigenden Energiepreise brachten die Erwartungen über die Größenordnung der regionalen Ressourcen und ihrer Erträge dann wieder nach oben.

Insgesamt ist das Brennstoffpotenzial der Region deutlich geringer als das der Golfregion oder Russlands, aber es ist geeignet, die wachsende Abhängigkeit der weltweiten Energienachfrage von der OPEC mit 77 Prozent der bisher explorierten

Weltölreserven, darunter insbesondere von den Golfstaaten (64 Prozent), und von anderen Hauptexporteuren wie z.B. Russland (33 Prozent der bekannten Erdgasvorräte) zu mindern. Zudem beschränken sich die Ressourcen Zentralasiens nicht auf Erdöl und Erdgas. Kasachstan verfügt über eine breite Palette von Rohstoffen und kommt im exsowjetischen Raum in dieser Hinsicht Russland am nächsten.

Das Problem ist, dass diese Rohstoffe bislang kaum mobilisiert und den Märkten zugeführt werden konnten. Noch umstrittener als die Frage der Dimension des Energiepotenzials und seiner Förderung war nämlich das Thema der Exportkanäle aus einer Region, die keinen unmittelbaren Zugang zum offenen Meer hat. Deshalb wurde die Frage, über welche Routen neue Pipelines für den zukünftigen Transport von Erdöl und Erdgas aus Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan angelegt werden sollten, zu einem Hauptthema internationaler Auseinandersetzung mit dem Kaspischen Raum. Über die bestehenden Leitungssysteme hatten die neuen Staaten vorläufig nur Zugang zu den zahlungsschwachen Märkten der GUS und blieben vom russischen Transitraum abhängig. Die Überwindung dieser einseitigen Transportausrichtung aus einer Vergangenheit, die sie als Kolonialgeschichte auffassen, stellte für Staaten wie Aserbaidschan einen wesentlichen Aspekt ihrer Unabhängigkeit dar. In Russland wurde sie umgekehrt als eine geopolitische Herausforderung aufgefasst, die darauf abzielt, die alte Hegemonialmacht aus ihrem angestammten Orbit zu verdrängen.

"Great Game" und "neue Seidenstraßen": Geopolitische Trends im ersten nachsowjetischen Jahrzehnt

Vor allem an diese Auseinandersetzungen um Pipelines und Verkehrswege, bei denen es sich bei weitem nicht nur um ökonomische, sondern um geostrategische und politische Fragen handelte, knüpften zwei historische Schlagworte an, die im ersten nachsowjetischen Jahrzehnt in unzähligen Kommentaren über die Entwicklung im Raum zwischen Kaukasus und Pamir zitiert wurden: "Great Game" und "Seidenstraße". Mit der Anspielung auf das "große Spiel" zwischen dem britischen und dem russischen Imperium in Zentralasien im 19. Jahrhundert suggerierte die Parole von einem "neuen Great Game" in überzogener, mit falschen historischen Analogien arbeitender Weise eine Mächtekonkurrenz um die Verfügung über Territorien und Ressourcen wie in Hochzeiten des Imperialismus. Ein amerikanischer Kritiker dieses Schlagworts führte die Punkte an, an denen sich der Vergleich der heutigen internationalen Beziehungen im Kaukasus und in Zentralasien mit dem historischen Vorbild stößt: Während damals das "große Spiel" oder "die große Jagd" zwischen zwei Imperien ausgetragen wurde, nimmt heute eine Vielzahl von Akteuren, vor allem Wirtschaftsakteuren, in der Region Interessen wahr. Der Charakter der Länder der Region ist heute ein ganz anderer als damals, als hier noch keine Nationalstaaten mit einer einheimischen politischen Elite existierten. Länder wie Aserbaidschan oder Kasachstan sind heute nicht nur Objekte externer Politik, sondern selber staatliche Subjekte und außenpolitische "Spieler". Damals ging es den Konkurrenten um territoriale Expansion, deren Kosten die potenziellen Erträge oft überwogen. Heute geht es um wirtschaftliche Vorteile, die aus der Beteiligung an der Ausbeutung und Vermarktung der Kaspischen Energierohstoffe resultieren (Odom 1997:4-7; siehe auch Myers/Manning 1998/99:112-129).

Trotz dieser Kritik sind Vorstellungen über geostrategische Rivalitäten im Kaspischen Raum nicht aus der Luft gegriffen. In diesem Bereich trafen vor allem wieder russische und amerikanische Interessen aufeinander - besonders bei der Auseinandersetzung um das von den USA politisch massiv unterstützte Projekt einer Erdöl-Pipeline von Baku zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan, dessen hervorstechendes Merkmal die Umgehung Russlands und Irans ist. Amerikanische Autoren wie Zbigniew Brzezinski pflegten bei der Behandlung Zentralasiens und des Kaukasus eine Sprache, die eine "Wiedergeburt klassischer Geopolitik" verspüren ließ, und die meisten russischen Kommentare standen dem in nichts nach (Brzezinski 1997; Schilling 1998; Clover 1999). Auch regionale Akteure wie die Türkei, Iran, China, Pakistan, die Golfstaaten u.a. verfolgten in diesem Raum nicht nur rein wirtschaftliche Ziele.

Der Einfluss traditioneller Regionalmächte

In einer ersten Phase nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde die geopolitische Dynamik im Süden des ehemaligen Vielvölkerimperiums überwiegend der Rivalität traditioneller Regionalmächte zugeordnet. Russland, Türkei und Iran standen im Mittelpunkt der Wahrnehmung. In Bezug auf Zentralasien kam auch China ins Spiel. Seine Prioritäten liegen in gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu den neuen Staaten und dem Interesse an Stabilität an seinen Westgrenzen, der Prävention von Einmischung in seine inneren Angelegenheiten mit Blick auf die turksprachigen muslimischen Minderheiten in seiner autonomen Provinz Xinjiang-Uigur, guten Beziehungen zu Russland in seiner internationalen Politik, der Entwicklung von Verkehrs- und Handelsverbindungen mit Eurasien und der Eindämmung von Einflusskonkurrenz externer Akteure in seiner Nachbarschaft.

Die Aufhebung des "Eisernen Vorhangs", der die "vergessenen Muslime" der Sowjetunion von ihren Glaubensbrüdern im Mittleren Osten getrennt hatte, stellte ein kulturelles Ereignis, die "islamische Wiedergeburt", ins Zentrum der Erwartungen über geopolitische Trends im Süden der GUS. Da wurde das schon damals viel breitere Spektrum außen- und ordnungspolitischer Einflüsse in diesem Raum auf ein Ringen zwischen der "säkularistischen Türkei" und dem "theokratischen Iran" um die Seelen exsowjetischer Muslimvölker verengt, zumindest aber die Erwartung geäußert, dass sich Muslimregionen der ehemaligen Sowjetunion in den nächsten Jahren vom russisch dominierten eurasischen Raum zum islamischen Mittleren Osten hin orientieren und in ihr traditionelles "zivilisatorisches Areal" zurückkehren würden.

Dabei ermittelten Umfragen zur außenpolitischen Orientierung der Bevölkerung der betreffenden Länder ein differenzierteres Bild, in dem auch außerregionale Mächte wie USA, Europa, Japan und Südkorea am Horizont von Usbeken und Kasachen auftauchten und eine Mehrheit der Befragten die Kooperation mit den "fortgeschrittenen Ländern" bevorzugten. (Lubin 1995:3-

71) Die Außenpolitik der "muslimischen" Nachfolgestaaten der Sowjetunion berücksichtigte beide Richtungen: Man integrierte sich in westliche, euro-atlantische Strukturen (am frühesten in die OSZE) ebenso wie in mittelöstlich-regionale (ECO) und islamische Organisationen (Organization of Islamic Conference). Die südkaukasischen Staaten einschließlich des muslimischen Aserbaidschan bekundeten ihre Zugehörigkeit zu Europa als Hauptorientierung ihrer Außenpolitik. Die Machteliten der neuen Staaten erhoben den Säkularismus zum obersten ordnungspolitischen Prinzip, auch wenn sie sich bei ihrem Bemühen um "kulturelle Wiedergeburt" und Nationsbildung durchaus auch des Islam als "Vatererbe" annahmen.

Mit Ausnahme der Einwirkungen des afghanischen Konfliktherds auf Zentralasien blieb der Einfluß islamischer Nachbarländer zunächst begrenzt. Die religiösen Verbindungen, die in Mittelasien und im Kaukasus auftauchten, entsprachen zumindest nicht den Vorstellungen eines staatlichen Exports "islamischer Revolution", der von westlichen Beobachtern und den lokalen Eliten selber zu Beginn der 90er Jahre befürchtet wurde. Denn die Islamische Republik Iran erwies sich nicht als der religiöse, ideologisch-missionarische "Spieler" im Kaspischen Raum, als den westliche Stereotypen sie damals identifiziert haben. Vielmehr praktizierte Teheran nach einer Anfangsphase religiöser Missionsversuche eine pragmatische Politik gegenüber den neuen Staaten in seiner nördlichen Nachbarschaft und trat zum Beispiel im Südkaukasus als ein Vermittler im Karabach-Konflikt auf. Die Prioritäten Irans gegenüber dem neuen Staatensystem im Kaspischen Raum lagen in der Überwindung der eigenen internationalen Isolation, der Sicherheit an seinen Grenzen, der Ausweitung von Handels- und Verkehrsbeziehungen in Regionen, in denen iranischer Einfluss in der Vergangenheit eine bedeutende kulturelle Rolle gespielt hatte, in engen Beziehungen mit Russland in der internationalen Politik und der Begrenzung des Einflusses von Konkurrenten wie der Türkei, Saudi-Arabien, Pakistan und natürlich USA, die ihrerseits den Iran aus der Entwicklung des Kaspischen Raums heraushalten wollten. Iran mit seiner langen Grenze mit Turkmenistan und seiner Kaspischen Küste ist jedoch ein Faktor, der sich aus diesem Raum schwerlich ausschließen lässt. Er hat ein gewichtiges Wort mitzureden bei dem bislang noch ungeklärten neuen Rechtsstatus des Kaspischen Meeres, und ist ein Hauptspieler im Wettbewerb um die Transportnetze für kaspische Rohstoffe, denn er bietet mit seinen Leitungssystemen und seinen Häfen im Süden eine Alternative für aufwendige neue Transportrouten.

Es waren weit stärker staatliche Missionsstellen oder nichtstaatliche religiöse Stiftungen aus dem sunnitischen Teil der islamischen Welt, insbesondere aus Saudi-Arabien, Pakistan und der Türkei, die den Prozess "religiöser Wiedergeburt" unter den größtenteils sunnitischen ex-sowjetischen Muslimen zu beeinflussen versuchten und den Bau von Moscheen, die Ausbildung religiöser Kader und die Verbreitung islamischer und auch islamistischer Literatur förderten (Nunn/Rubin/Lubin 1999:53-71). Die Führungen der zentralasiatischen Staaten sehen die Regionalmächte des Mittleren Ostens und Westasiens in erster Linie als Partner in Bezug auf Wirtschaft, Außenhandel und Projekte neuer Verkehrsverbindungen an, wenn auch gemeinsame Kultur- und Religionsbande dabei betont werden. Auch im Falle der Türkei mussten Vorstellungen von einer primär ideologisch geleiteten Einflussnahme auf den hier behandelten Raum korrigiert werden. Anfängliche Visionen über einen pan-türkischen Commonwealth von Istanbul bis zur Westgrenze Chinas wurden ernüchert - nicht zuletzt dadurch, dass die neuen turksprachigen Staaten kein Interesse daran zeigten, den einen „älteren Bruder“, nämlich Russland, durch einen neuen, die Türkei, zu ersetzen. Was von solchen Visionen übrig blieb, waren pragmatische kommerzielle und kulturelle Beziehungen der Türkei zu Ländern im Südkaukasus (Aserbaidschan, Georgien) und in Zentralasien, die sich in Energieprojekten (vor allem Import von Erdgas), mittelständischem Wirtschaftsengagement und türkischen Fernsehkanälen in Aserbaidschan und anderen turksprachigen Ländern niederschlugen. In Aserbaidschan äußerten Politiker wie der ehemalige Präsidentenberater Guluzade Interesse an einem stärkeren sicherheitspolitischen Engagement der Türkei im Südkaukasus als Gegengewicht zu russischen Bündnisbeziehungen zu Armenien. Ankara übte gegenüber solchen Avancen Zurückhaltung. Moskau und Teheran hatten auf Spekulationen über Militärbasen der Türkei oder anderer NATO-Staaten in der Region stets äußerst gereizt reagiert. In der Entwicklung nach dem 11. September 2001 änderte sich die Haltung: Unter dem Motto der internationalen Kooperation gegen Terrorismus bereitete der türkische Außenminister ein "Abkommen im Sicherheitsbereich zwischen der Türkei, Aserbaidschan und Georgien" vor. Das Dokument sieht zwar noch keine militärisch-strategische Partnerschaft vor, dafür aber eine enge trilaterale Zusammenarbeit in allen Bereichen "weicher" Sicherheitspolitik, zum Beispiel in der Kriminalitätsbekämpfung. Obwohl als Stärkung der türkischen Rolle im Südkaukasus gedeutet, provozierte das Dokument bislang keinen Widerstand von seiten Russlands.

Russland und der Westen im Kaspischen Raum

An seiner Südflanke nahm Russland einerseits Trends einer geopolitischen Neuordnung wahr, die ihm seine seit dem 19. Jahrhundert angestammte Hegemonialstellung im Kaukasus und Zentralasien streitig machten, andererseits mannigfache Kräfte von Unordnung, von denen es eine Verstärkung der Instabilität im eigenen Hoheitsbereich fürchten musste. Einerseits verstärkten sich internationale Einflüsse, Kräfte der Globalisierung und Forderungen nach der Integration der unabhängig gewordenen Sowjetrepubliken in die Weltwirtschaft, was auf die Zurückweisung der vorherigen Monopolstellung Russlands hinauslief. Dem standen aber, insbesondere im Kaukasus, Kräfte des ethnischen Partikularismus und der territorialen Zersplitterung gegenüber. Eine Reihe regionaler Konflikte boten Russland als der alten Ordnungsmacht die Möglichkeit, Einfluss durch "conflict policy" zu wahren - mit Instrumenten der Konfliktvermittlung parallel zu, aber möglichst vorrangig gegenüber internationalen Bemühungen und des Einsatzes russischer Friedens- und Grenzschutztruppen, aber auch durch direkte Einmischung in die Konflikte auf der einen oder anderen Seite. So wurde zum Beispiel die Sezession Abchasiens von Georgien durch russische Kräfte unterstützt. Andererseits steckte in den Sezessionskonflikten des Südkaukasus ein Zündstoff, den die Russische Föderation mit ihren 89 Regionen und nationalen Teilrepubliken und besonders in Hinsicht auf ihr ethnopolitisch kritisches Hoheitsgebiet im Nordkaukasus fürchten musste. Wie riskant es war, Sezessionsdynamiken im "nahen Ausland" für eigene machtpolitische Zwecke zu instrumentalisieren, zeigte sich für Russland in den Kriegen mit dem eigenen "Föderationssubjekt" Tschetschenien.

Für Moskau bilden Kaukasien und Zentralasien mit acht sowjetischen Nachfolgestaaten ein Kernstück des exsowjetischen Raums, der nun politisch als "Gemeinschaft unabhängiger Staaten" (GUS) organisiert war. Nach einer Periode des Disengagement versuchte Moskau nach 1992 seine Position im exsowjetischen Raum durch eine Politik der russlandzentrierten Reintegration wieder zu festigen. Instrumente dieser Strategie waren die Mitgliedschaft aller sowjetischen Nachfolgestaaten mit Ausnahme der baltischen in der GUS, das Festhalten an der Militärpräsenz und dem Grenzschutz Russlands an Außengrenzen der ehemaligen Sowjetunion in einigen GUS-Staaten, und die bereits erwähnte "conflict policy" gegenüber ungefestigten, ja an den Rand des Zerfalls geratenden Staaten wie Georgien. Diese Bemühungen zeitigten kaum Erfolge. Die GUS wurde nicht zum Vehikel einer Reintegration des postsowjetischen Raums. Sie produzierte unzählige Dokumente, von denen nur ein Bruchteil implementiert wurde. Ihr kollektives Sicherheitssystem (Taschkenter Vertrag von 1992) wurde besonders von den Verhältnissen im Kaukasus konterkariert: Armenien und Aserbaidschan befanden sich damals quasi im Kriegszustand; in Aserbaidschan musste Russland 1993 seine militärischen Positionen bis auf eine Radarstation räumen; in Georgien wurde seine Militärpräsenz auf vier lokalen Basen als Provokation empfunden und wird inzwischen vertragsgemäß abgebaut. Insgesamt blieb die russische Politik gegenüber dem Kaspischen Raum inkohärent: Sie schwankte zwischen der Nutzung machtpolitischer Instrumente und einer „Ökonomisierung nationaler Interessen“ und wurde von konkurrierenden politischen Entscheidungsträgern gestaltet. Bei aller Minderung seiner strategischen Bedeutung nach dem Zerfall der Sowjetunion blieb Russland jedoch "the most visible external presence in the region" - zumindest vor dem 11. September 2001 (Strategic Assessment of Central Eurasia 2001:77). Unter dem neuen Präsidenten Putin intensivierte Russland seine kaspische Politik - weniger im multilateralen Rahmen der GUS als auf bilateraler Basis und unter stärkerer Betonung der "wirtschaftlichen Interessen", ohne freilich die machtpolitischen Interessen aus dem Auge zu verlieren.

Als neues "Great Game" wurde die internationale Entwicklung an der Südflanke der alten Hegemonialmacht Russland in dem Moment empfunden, als die USA den Kaspischen Raum zu ihrer "strategischen Interessenszone" erklärten. Anfangs konzentrierte sich die amerikanische Außenpolitik noch ganz auf Russland. Im Kaspischen Raum war für Washington am ehesten Kasachstan von strategischer Bedeutung - galt es doch, einen Nuklearerben der Sowjetunion dazu zu bringen, auf seinen Status als Atommacht zu verzichten. Nachdem dies gelungen war, traten die Rohstoffe des Kaspischen Beckens in den Vordergrund. Das Engagement der USA verstärkte sich insbesondere nach dem "Jahrhundertvertrag" mit Aserbaidschan vom Oktober 1994, bei dem amerikanische Ölfirmen einen 40 prozentigen Anteil an dem Konsortium zur Ausbeutung der Lagerstätten im Kaspischen Meer erlangten. Der Zugang zu den Energiere Ressourcen wurde zum Hauptmotiv der "Kaspischen Politik" der Clinton-Administration, die Forderung nach einem "multiplen Pipeline-System" zu ihrem Dreh- und Angelpunkt (Müller 2000:197-216). Diese Politik erschöpfte sich nicht in der Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen, sondern traf Entscheidungen "from a strategic standpoint" (Blank 1999:152-157) und stellte folgende Ziele heraus: Stärkung der Souveränität der unabhängig gewordenen Staaten, friedliche Regelung regionaler Konflikte, Diversifizierung der Quellen globaler Energieversorgung und Beseitigung traditioneller Energiemonopole, Unterstützung der Türkei und ihrer regionalpolitischen Rolle im Schwarzmeer- und Kaspischen Raum, die Ausgrenzung Irans.

Dabei bestand in der amerikanischen politischen Öffentlichkeit aber kaum Klarheit darüber, ob der weit entfernte Raum zwischen Kaukasus und Pamir für die nationalen Interessen der USA wirklich von Bedeutung ist. "Die enorme Komplexität der Region und ihre Entfernung werfen Fragen darüber auf, wie vital US-Interessen hier sind. Es ist zweifelhaft, ob selbst gut informierte Mitglieder der amerikanischen außenpolitischen Elite viel über diese Region und die Politik der USA ihr gegenüber wissen" (Garnett 2000:21). Nach dem Wechsel der Administration im Jahr 2000 kamen denn auch Anzeichen für eine kritische Überprüfung des amerikanischen Engagements im Süden des exsowjetischen Raums auf. Die Beraterin des neugewählten Präsidenten Bush jr. für diesen Bereich, Elizabeth Jones, stellte in einer Fernsehkonferenz vor Journalisten aus der Türkei, Kasachstan, Aserbaidschan und Georgien im April 2001 klar, "the Caspian" stehe in der Prioritätenliste amerikanischer Außenpolitik hinter China, einem immer noch "unvorhersagbaren Russland" und einem unruhigen Nahen Osten deutlich zurück. Da die Region aber über beträchtliche Energielagerstätten verfüge und der Hauptexportmarkt für Erdöl, der Mittlere Osten, konfliktgeplagt und instabil bleiben werde, könne man die kaspische Energiezone als "an additional 'filling station' in the world" nicht ignorieren (Times of Central Asia 17.4.2001). So blieben die USA nach Russland der Akteur mit dem am weitesten gespannten Engagement in der Region. Und nach dem 11. September 2001 trat dieses Engagement in Zentralasien in eine neue Dimension ein. Schon zuvor hatten die USA und andere NATO-Staaten mit kaukasischen und zentralasiatischen Partnern im Rahmen des "Partnership for Peace"-Programms militärisch kooperiert, gemeinsame Manöver abgehalten und Offiziere ausgebildet. Nachdem seit 1999 militärische Aktivitäten islamistischer Freischärler Grenzregionen zentralasiatischer Staaten verunsichert hatten, gewährte Washington finanzielle Mittel für Grenzsicherung. Mit dem internationalen, aber von den USA geleiteten "War on Terrorism" nach dem 11. September, der sich zunächst auf Afghanistan und seine Umgebung konzentrierte, wurde nun aber unmittelbare westliche Militärpräsenz in ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien aufgebaut. Und dies - zuvor kaum vorstellbar - mit Zustimmung Moskaus. Zunächst konzentrierte sich dieser Prozess auf Usbekistan, mit dem die Stationierung von 1.500 US-Soldaten vereinbart wurde. Dann wurden ähnliche, teilweise noch umfangreichere Abkommen mit Kirgistan (Stationierung von 3.000 Soldaten) und Tadschikistan getroffen. Damit verlagerte sich die US-Militärpräsenz in einen Bereich, in dem sich bisher zwei "eurasische" Sicherheitsformate überlagert und ergänzt hatten: der kollektive Sicherheitsvertrag der GUS mit der aus Kooperationsinitiativen zwischen Russland, China und zentralasiatischen Staaten hervorgegangenen Shanghai Organisation für Zusammenarbeit. Mit der Stationierung von Kontingenten der Anti-Terror-Allianz in Tadschikistan rücken westliche Truppen an das größte Militärdispositiv Russlands in einem "nahen Ausland" heran, wo vor dem 11. September 6.774 Soldaten der 201. Schützendivision und 11.000 Grenzschrützer unter russischem Kommando stationiert waren.

Zum Erstaunen der Welt schien nun Russland einen großen Teil des Sicherheitsmanagements in dieser kritischen Weltregion, die bis vor kurzem noch seine eigene südliche Reichsperipherie gebildet hatte, seinem einstigen Rivalen zu überlassen. Die "kaspische" Politik der USA trat nun über den Fokus Energiepolitik und Pipelines weit hinaus in geostrategische Dimensionen.

Dabei ist die Rolle des Kaspischen Raums als potenzieller Energieexporteur für europäische und asiatische Importmärkte von größerer Bedeutung als für den amerikanischen Markt. Auch von sicherheitspolitischen Krisen und regionalen Konflikten dieses Raums, zumindest in seinem kaukasischen Westabschnitt, müsste sich eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik stärker betroffen fühlen als die amerikanische. Dennoch hat Europa in der Region in weitaus geringerem Maße Flagge gezeigt als die USA. Es hat seine kaukasischen und Kaspischen Initiativen bewusst außerhalb des "Great Game"-Klischees angelegt. Auch das europäische Interesse und Engagement zielte vor allem auf die energiepolitische Bedeutung der Region und ihre Brückenfunktion zwischen Europa und Asien. Die EU und andere europäische Institutionen intensivierten in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ihre Politik insbesondere im Südkaukasus (Wolter 1999) und formulierten die Zielsetzungen in ähnlichen Punkten wie die USA: Beteiligung an der Ausbeutung der Energievorräte, Förderung regionaler Stabilität friedliche Konfliktregelung, Gestaltungshilfe beim Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen, Sicherung und Diversifizierung von Exportrouten aus dem Kaspischen Raum - (Erhard/Thränert 1998:40-41). Die EU leistete über ihre TACIS-Projekte (Technische Hilfe für GUS-Länder) Gestaltungshilfe bei den Reformprojekten und dem Institutionenaufbau in den "Transformationsstaaten" und wurde für die südkaukasischen Länder zum größten Kreditgeber. Eine koordinierte europäische Handlungsstrategie im Kaspischen Raum bleibt jedoch ein Desiderat für die vielbeschworene "Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik". Die Mitglieder der EU wurden in unterschiedlichem Maße zu "Spielern" im Kaspischen Raum, wobei Großbritannien, Frankreich und Italien durch ihre Ölfirmen im Energiesektor der Region tätig wurden britische Firmen gehören zu den größten Investoren in kaspische Förderprojekte, während Deutschland eher schwache Wirtschaftspräsenz zeigte, aber den Kaspischen Raum als entwicklungspolitisches Tätigkeitsfeld Europas berücksichtigte. Europäische Stellungnahmen zu umstrittenen Pipeline-Projekten setzten andere Akzente als die Optionen aus Washington und betonten den Vorrang wirtschaftlicher vor geopolitischen Entscheidungskriterien. Europa entwickelte in den 90er Jahren eine Energiecharta mit Vertragsbestimmungen, die darauf ausgerichtet sind, Energiepolitik zu zivilisieren. Die Kaspische Region ist ein Prüfstein für diesen Ansatz (Bergedorfer Gesprächskreis 1998:29-30).

Das von Europa präferierte Stichwort für internationale Politik im Raum zwischen Georgien und Kirgisistan lautete "Seidenstraße". Es inspirierte die von der EU geförderten transnationalen Kommunikations- und Infrastrukturprojekte wie TRACECA (Verkehrskorridor Europa, Kaukasus, Asien), die Vorstellungen neuer Ost-West-Handels- und Verkehrskorridore, deren Spektrum über den Transport von Energierohstoffen hinausreicht und an die Vielfalt materieller und immaterieller Güter anknüpft, die über die historischen Seidenstraßen ausgetauscht wurden. Doch diese Seidenstraßenromantik stieß sich an den harten Realitäten im exsowjetischen Raum, kam mit ihrem Integrationsappell nicht gegen politische Antagonismen wie den armenisch-aserbaidschanischen Konflikt an und konnte die Zerstückelung des Südkaukasus durch "eingefrorene" ethno-territoriale Konflikte nicht aufheben. Sie wurde nicht zuletzt auch dadurch gedämpft, dass eine der regesten Transferaktivitäten über "neue Seidenstraßen" sich auf eine kriminelle Handelsware, auf Drogenströme aus Afghanistan, richtete.

Konfliktkonstellationen und neue Sicherheitsrisiken

An der Südperipherie der ehemaligen Sowjetunion kombinierten sich mit Sezessionskonflikten wie dem Karabach-Krieg und den zwei Tschetschenienkriegen, mit Dutzenden Streitfällen zwischen Volksgruppen um antagonistische Status- und Territorialansprüche und mit innenpolitischen Kämpfen zwischen regionalen und tribalen Fraktionen innerhalb neuer Machteliten alle möglichen Typen nachsowjetischer Konflikte. Dabei überschneiden sich besonders im Kaukasus konträre außen- und sicherheitspolitische Beziehungen und "Interessenachsen" - Moskau-Erivan-Teheran versus Tiflis-Baku-Ankara-Washington. Ereignisse wie die beiden Tschetschenien-Kriege legten dem ihre Interpretationszwänge auf, wurden oft einseitig und spekulativ mit dem Streit um Pipelinerrouten in Verbindung gebracht und warfen reflexartig die Fragen "Wer steht dahinter?" und "Wem nützt es?" auf.

Dabei sind die Konfliktlagen beiderseits des Kaspischen Meeres unterschiedlich. Kaukasien wurde zum Synonym für "ethno-territoriale" Konflikte, die an die Verhältnisse auf dem Balkan nach dem Zerfall Jugoslawiens erinnern. Sie resultieren vor allem aus einem fatalen strukturellen Erbe des "Sowjetföderalismus", der Verschachtelung nationaler Gebietskörperschaften unterschiedlicher Stausebenen (Sowjetrepublik autonome Republik autonomes Gebiet). International bekannt wurden zumeist nur solche Konflikte, die eine Kriegs- oder intensive Gewaltphase durchlaufen haben wie der Karabach-Konflikt zwischen: 1991-94, die Konflikte zwischen Georgien und seinen autonomen Landesteilen Abchasien zwischen August 1992 und September 1993 und Südossetien (Kämpfe 1991-93), die Gewalt zwischen Osseten und Inguschen in der russländischen Teilrepublik Nordossetien 1992 und ganz besonders die beiden Kriege in Tschetschenien vom Dezember 1994 bis September 1996 und erneut seit September 1999. Der nach wie vor "heiße" Krieg im Nordkaukasus wirft seine Schatten auf die kaukasische Gesamtregion, hält zum Beispiel im Südkaukasus ein Land wie Georgien unter Druck, zumal die Konfliktlandschaften südlich und nördlich des kaukasischen Hochgebirgskamms durch mehrere Übergangsstellen miteinander vernetzt sind.

Südkaukasus

Die Hauptkonflikte im Südkaukasus traten nach der Unterzeichnung von Waffenstillstandsabkommen spätestens seit 1994 in eine Phase ein, die als "Weder Krieg noch Frieden" bezeichnet wird. Sie war durch eine militärische Pattsituation zwischen den Konfliktparteien und politische Stagnation in der Konfliktbearbeitung geprägt und nicht frei von der Gefahr eines Rückfalls in

kriegerische Auseinandersetzungen. Diese "eingefrorenen Konflikte" behindern bislang jegliche Form regionaler Kooperation, die z.B. von europäischen Kaukasusinitiativen als eine Hauptoption für die Entwicklung in der Region formuliert wird. Sie machen aus der Region eine politische Parzellenlandschaft mit Demarkationslinien, mannigfachen Barrieren und Blockaden und konservieren "a climate of uncertainty in the absence of meaningful security and stability arrangements" (Celac 2000).

Im Schatten der Hauptkonflikte liegen Krisenzonen, in denen sich Spannungen geringerer Intensität entwickeln oder entwickeln könnten. Ein Beispiel für eine vielschichtige Konfliktlandschaft ist Georgien, wo zu den ungelösten Sezessionskonflikten mit Abchasien und Südossetien andere Probleme der Beziehung zwischen der Zentralregierung und den Regionen hinzutreten. Ethnisch "georgische" Landesteile mit eigener politischer Prägung wie Mingrelien, das zur Bastion der Anhängerschaft des ersten frei gewählten und dann gestürzten Präsidenten Gamsachurdia wurde, stellen die territoriale Integrität des kleinen Landes zwar nicht in dem Maße in Frage wie das von Tiflis faktisch unabhängige Abchasien mit seiner eigenen nichtgeorgischen "Titularnationalität", wurden aber ebenfalls zur Basis zentrifugaler Tendenzen. Überhaupt war das Konfliktgeschehen, das Georgien in den ersten Jahren seiner Unabhängigkeit an den Rand des Zusammenbruchs brachte, nicht ausschließlich durch ethnische Unterschiede oder Gegensätze determiniert. Ein Bürgerkrieg mit Schusswechseln mitten in der Hauptstadt tobte 1992-93 zwischen Fraktionen der georgischen "Eliten" und bewies, dass das Land von Nationbildung auch in seinem "georgischen" Kernbereich noch weit entfernt war.

Die Gewaltverstrickung, in der sich die jungen südkaukasischen Staaten zu Beginn ihrer Unabhängigkeit befanden, haben ihre transitionsbedingte Wirtschaftsschrumpfung verstärkt und den Start notwendiger Reformmaßnahmen verzögert. Erst nach 1994 konnte eine Phase der Restabilisierung beginnen, die aber von Rückschlägen nicht frei war. Gewalt und Entwicklungsbehinderung haben Migrations- und Fluchtbewegungen ausgelöst, durch die sich die Bevölkerungskomposition in einigen Teilen der Region radikal verändert hat. Im Südkaukasus wurden von 1988 bis Mitte der 90er Jahre mehr als eine Million Menschen zu Flüchtlingen bei einer geschätzten Gesamtbevölkerung von etwa 16 Mio. im Jahre 1989. Im Nordkaukasus lösten vor allem die beiden Tschetschenien-Kriege eine Massenflucht aus, von der weitere Hunderttausende Menschen betroffen waren. Außerdem entwickelt sich seit einigen Jahren eine massenhafte Arbeitsmigration aus den drei südkaukasischen Staaten nach Russland. Überweisungen aus der Diaspora an die daheimgebliebenen Familien sind für das wirtschaftliche Überleben dieser Länder unverzichtbar geworden. Heute produzieren Georgier, die in sowjetischer Zeit kaum aus ihrer Heimatrepublik migrierten, in Russland einen Gegenwert von einem Viertel des Nationalprodukts Georgiens. Zwei Millionen Aseri, mehr als ein Viertel der Bevölkerung Aserbaidschans, wohnen und arbeiten in Russland. Auf russischer Seite verschärfen solche Migrationsentwicklungen ethnische Vorurteile gegen "Kaukasier", auf der Gegenseite erhöhen sie die Verletzbarkeit durch politische Entscheidungen Moskaus zum Beispiel durch Visaregelungen. Die Länder erleben eine demographische Schwächung, deren Ausmaß infolge unzureichender Zensusdaten nur geschätzt werden kann.

Zentralasien

Zentralasien bietet ein anderes Bild. Hier standen nicht Sezessionsdramen im Mittelpunkt des Konfliktgeschehens. Der Hauptkonflikt der Region, der Bürgerkrieg in Tadschikistan, war weniger durch ethnische Trenn- und Frontlinien geprägt als durch Identitäts- und Interessengegensätze innerhalb der tadschikischen "Nationalität", die es bis heute nicht geschafft hat, zur "Nation" zu werden. Hier überlagerten sich Machtkämpfe zwischen regionalen Gruppierungen oder personalen Netzwerken (Clans) oder einfach zwischen konkurrierenden "Warlords" mit politischen und ideologischen Gegensätzen ein Oppositionsgemisch aus "Islamisten" und "Demokraten" forderte ein von außen (Russland, Usbekistan) geschütztes postsowjetisches Regime heraus. Der eigentliche "Bürgerkrieg" wurde durch ein Friedensabkommen von 1997 in eine Phase übergeleitet, in der bewaffnete Oppositionskräfte in die politischen und militärischen Machtstrukturen des Landes integriert wurden. Tadschikistan ist heute das einzige Land der Region mit einem "pluralistischen" politischen System, in dem sich ehemalige Bürgerkriegsgegner die Macht teilen. Dagegen festigte sich in den Nachbarländern der Trend zu Präsidialautokratien, die jegliche Oppositionsbildung mit zunehmend repressiven Mitteln unterbinden. Freilich bescherte die "nationale Versöhnung" Tadschikistan noch längst keine politische Stabilität, blieben doch einige Gruppierungen, die am Bürgerkrieg beteiligt waren, und relevante politische Kräfte wie die Regionalelite aus dem industriell dominierenden Nordteil des Landes außerhalb dieses Prozesses. Nach wie vor verunsichern autonom agierende Feldkommandeure und ihre Gefolgschaften das Land. Tadschikistan ist darüber hinaus der gegenüber dem regionalen Hauptkonflikttherd Afghanistan am stärksten exponierte sowjetische Nachfolgestaat; über seine Grenzen verläuft laut Schätzungen der VN mindestens ein Drittel aller Drogenströme aus Afghanistan und auf seinem Territorium verschanzten sich in unzugänglichen Regionen des Pamirgebirges von den Taliban unterstützte terroristische Gruppierungen wie die "Islamische Bewegung Usbekistans", die mit islamistischen Parolen gegen nachsowjetische Regierungen kämpften.

Seit dem Sommer 1999 fielen solche islamistischen Insurgenten wiederholt aus ihren Rückzugsbasen in Afghanistan und Tadschikistan in Grenzgebiete der Nachbarländer Usbekistan und Kirgistan ein. Da sie teilweise in Verbindungen zu überregionalen islamistischen Terrornetzwerken wie der "al-Qaida" Usama bin Ladens standen, entstand in bezug auf das exsowjetische Zentralasien ein Bedrohungsbild, das mit den Themen internationaler Terrorismus, Drogenhandel und Taliban weltweite Aufmerksamkeit auf die Region lenkte. Die Sicherheitseliten in den betroffenen Ländern selber neigten immer mehr dazu, den saisonalen Kleinkriegen im Ferganatal eine globale Bedrohungsdimension zuzuschreiben, die auch in Russland mit Nachdruck betont und zur Legitimation des eigenen militärischen Vorgehens gegen die "tschetschenischen Islamisten" herangezogen wurde.

Ausblick

Internationale Kommentare über die Entwicklung der sowjetischen Nachfolgestaaten Zentralasiens schwanken zwischen "externer Bedrohung" und "selbstverursachter Destabilisierung". Die Brisanz der Krise manifestiert sich in der Überlagerung interner und externer Sicherheitsrisiken. Politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme und Reform- und Staatsbildungsdefizite bieten Angriffsflächen für Bedrohungen von außen und für Querverbindungen mit Konfliktzonen wie Afghanistan und Tschetschenien. Gefahr geht aber auch von den Antworten der Regime auf die neuen Sicherheitsrisiken und Herausforderungen aus. So hat die Regierung Usbekistans durch ihre repressive Innenpolitik dazu beigetragen, dass sich innenpolitisch Kritik an ihr heute zunehmend als religiöser Dissens artikuliert. Durch die Ausschaltung weltlicher Oppositionsparteien und die Verschließung aller politischen Kanäle für die Artikulation von Regimekritik hat sie oppositionelle Energie auf nonkonformistische Islambewegungen und nicht vom Staat kontrollierte Moscheen umgeleitet. Das oben genannte Bedrohungsbild externalisiert die Sicherheitsrisiken durch die Hervorhebung Afghanistans als dem regionalen Hauptkonfliktherd und drängt hausgemachte Stabilitätsdefizite und langfristige Quellen von Unsicherheit in den Hintergrund. Dazu gehören Faktoren, welche die Staatsautorität und den Institutionenaufbau in den jungen sowjetischen Nachfolgestaaten untergraben wie die allgegenwärtige Korruption, die Frustration breiter Bevölkerungsteile mit den sozialökonomischen Resultaten der nachsowjetischen Reformen oder der Unterlassung von Reformen und die wachsende Neigung der Regime, auf ihre Herausforderungen autoritär (und nicht autoritativ) und mit repressiven Mitteln zu reagieren. Dazu gehören aber auch zwischenstaatliche Probleme der historischen, politischen und physischen räumlichen Ordnung der Region wie die unregelmäßige Wasserverteilung, die zu einer relevanten Quelle regionaler Destabilisierung zu werden droht, oder die Anfechtungen von Grenzen, die von einer außerregionalen Zentralgewalt, der russisch bestimmten Sowjetmacht, gezogen worden sind und sich in einer Region wie dem Ferganatal heillos verwirren. In diesem Ferganatal, das sich aus kritischen Landesteilen Usbekistans, Tadschikistans und Kirgistans zusammensetzt, kristallisieren sich die Hauptkrisen der gesamten zentralasiatischen Region heraus (Halbach 2000:23-26). Das Ferganatal bildet eine kulturgeographische, geschichtsräumliche und ökologische Einheit, die durch "nationale Abgrenzung" zerrissen wurde. Hier leben auf einer Fläche von nur fünf Prozent des Gesamtterritoriums des exsowjetischen Zentralasiens etwa 20 Prozent seiner Gesamtbevölkerung. Hier finden sich die größten Bevölkerungsdichten, die stärkste grenz-überschreitende ethnische Mischung, die heftigsten Konfrontationen zwischen staatlichen Machtstrukturen und islamistischen Oppositionsgruppen.

Die Länder der Kaspischen Region gehören zu jenen postsowjetischen Gesellschaften, die beim Übergang in ihre staatliche Unabhängigkeit einer besonders starken Wirtschaftsschrumpfung und einschneidenden sozialökonomischen Krisen unterlagen. Im "Bericht über menschliche Entwicklung" für das Jahr 2000 des UNDP (United Nations Development Program) reihen sich sowjetische Nachfolgestaaten unter 174 erfassten Staaten nach dem "Human Development Indicator", der verschiedene sozialökonomische, demographische und kulturelle Indikatoren wie Lebenserwartung, Zugang zu Bildung und materiellen Lebensstandard zusammenfasst, wie folgt ein: Estland (46. Stelle), Litauen (52.), Weißrussland (57.), Russland (62.), Lettland (63.), Georgien (70.), Kasachstan (73.), Ukraine (78.), Aserbaidschan (90.), Armenien (93.), Kirgistan (98.), Turkmenistan (100.), Moldawien (102.), Usbekistan (106.) und Tadschikistan (110.) Hier belegen die zentralasiatischen Staaten mit Ausnahme des ressourcenreichen Kasachstan das untere Feld im exsowjetischen Raum. Tadschikistan hat im ersten nachsowjetischen Jahrzehnt in einer Kombination aus Unterentwicklung, Gewalt und enormen Schwierigkeiten der Staats- und Nationsbildung den tiefsten sozialökonomischen Stand erreicht und wird heute als eines der ärmsten Länder der Erde eingestuft. Das Land ist nicht in der Lage, ein Programm zur Armutsbekämpfung ohne massive ausländische Hilfe durchzuführen. Ohne ein solches Programm und seine Durchsetzung bleiben aber sicherheitspolitische Maßnahmen gegen Drogenhandel, Terrorismus und religiösen oder ethnischen Extremismus, die derzeit alle zentralasiatischen Staaten ergreifen, Stückwerk. Für die Länder der Region ergeben sich zwei spannungsgeladene Differenzierungsprozesse: Zum einen wird sich langfristig der Abstand zwischen den rohstoffreichen und den rohstoffarmen Ländern vergrößern. Zwar ist Kasachstan von einer Wohlstandsgesellschaft weit entfernt, aber mit seinen sozialökonomischen Indikatoren hat es sich bereits von den rohstoffärmeren Staaten Kirgistan und Tadschikistan deutlich abgesetzt. Beim statistischen monatlichen Durchschnittseinkommen im Jahr 2000 zeigt sich diese zwischenstaatliche Differenzierung: Kasachstan liegt mit 94 US-Dollar regional und sogar in der gesamten GUS an erster Stelle (noch vor Russland mit 81 Dollar), Tadschikistan mit 8,7 US-Dollar am untersten Ende der Region und der gesamten GUS-Staaten (Times of Central Asia vom 19.2.2001). Zum anderen wächst in allen Ländern die Einkommensdifferenzierung zwischen den wirtschaftlichen und politischen Eliten und der breiteren Bevölkerung.

In der internationalen und besonders der europäischen Politik wurde zwar stets betont, der Kaspische Raum solle in Hinsicht auf seine politische und gesellschaftliche Entwicklung möglichst nicht zu einer zweiten Golfregion werden "im Sinne einer Reproduktion jener Spannungen und Interessengegensätze, die im Nahen Osten schon mehrfach zu blutigen Kriegen geführt haben" (Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion 1998:6). Doch in diesem Raum drohen sich Entwicklungen zu wiederholen, die aus anderen energiepolitisch relevanten Zonen wie der Golfregion bekannt sind, z.B. die Entwicklung zu Rentier-Staaten (Wurzel 1999). Eine der entscheidenden Zukunftsfragen lautet daher: Wie werden sich zukünftige Erlöse von Rohstoffexporteuren der Region auf die Entwicklung ihrer Wirtschaft und Gesellschaft auswirken - wenn denn die Rohstoffe wirklich einmal in größerem Umfang auf den Weltmarkt exportiert werden können? Und wo in dem "von Norwegen bis Nigeria" gespannten Entwicklungsspektrum rohstoffexportierender Länder wird ihre Zukunft angesiedelt sein?

Literatur

- Allison, Roy/Lena Johnson(eds.): Central Asian Security. The New International Context. London/Washington, D.C. 2001.
Bergedorfer Gesprächskreis: Energie und Geostrategie im Kaspischen Raum Akteure, Interessen, Konfliktpotentiale. Protokoll Nr. 113/1998.
Blank, Stephen: Every Shark East of Suez: Great Power Interests, Policies and Tactics in the Transcaspien energy wars, in: Central Asian Survey, vol. 18, no. 22/1999, pp. 149-184.
Celac, Sergiu (Romanian Ambassador): The Nagorno-Karabakh Question: An Update 20.5.2000 (Online: [http:// poli.vub.ac.be/publi/crs/eng/](http://poli.vub.ac.be/publi/crs/eng/)).

- Clover, Charles: Dreams of the Eurasian Heartland. The Reemergence of Geopolitics, in: Foreign Affairs, vol. 78, no. 2/1999, pp. 9-13.
- Dawisha, Karen/Bruce Parrott: Conflict, cleavage, and change in Central Asia and the Caucasus. Cambridge 1997.
- Dedashli, Rexane: Internationale Organisationen als Vermittler in innerstaatlichen Konflikten. Die OSZE und der Berg Karabach-Konflikt, Frankfurt am Main 2000.
- Erhart, Hans Georg/Oliver Thränert: Die Rolle von NATO, EU und OSZE in der Kaspischen Region, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43-44/1998, S. 37-46.
- Garnett, Sherman W.: The United States and the Caspian Basin, in: Sherman W. Garnett/Alexander Rahr/Koji Watanabe: The New Central Asia in Search of Stability. A Report to the Trilateral Commission: 54, New York, Paris, Tokyo, October 2000.
- Halbach, Uwe: Sicherheit in Zentralasien. Teil II: Kleinkriege im Ferganatal und das Problem der "neuen Sicherheitsrisiken", Köln 2000 (Berichte des BIOst Nr. 25/2000).
- Jaffe, Amy Myers/Robert Manning: The Myth of the Caspian Great Game: The Real Geopolitics of Energy, in: Survival, vol. 40, no. 4/1998/99, pp. 112-129.
- Lubin, Nancy: Islam and Ethnic Identity in Central Asia: A View from Below, in: Yaacov Ro'i (ed.): Muslim Eurasia. Conflicting Legacies, London 1995, pp. 53-71.
- Mangott, Gerhard (Hrsg.): Brennpunkt Südkaukasus. Aufbruch trotz Krieg, Vertreibung und Willkürherrschaft? Österreichisches Institut für internationale Politik, Wien 1999.
- Müller, Friedemann: Zugang und Ressourcensicherung: Die USA und Zentralasien, in: Peter Rudolf/Jürgen Wilczewski (Hrsg.): Weltmacht ohne Gegner. Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Baden-Baden 2000, S. 197-216.
- Müller, Friedemann: Energy Development and Transportation Network Cooperation in Central Asia and the South Caucasus, in: Renata Dwan/Oleksandr Pavliuk (eds.): Building Security in the New States of Eurasia, New York: M. E. Sharpe, 2000, pp. 177-200.
- Odom, William E.: The Caspian Sea Littoral States: The Object of a New Great Game? In: Caspian Crossroads, vol.3, no. 3/1997, pp. 4-7.
- Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion: Zukunftsregion Kaspisches Meer. Deutsche Interessen und Europäische Politik in den transkaukasischen und zentralasiatischen Staaten, Bonn Juni 1998.
- Strategic Assessment of Central Eurasia: The Atlantic Council of United States. Central Asia-Caucasus Institute, Johns Hopkins University, January 2001.
- Wolter, Detlef: Die Kaukasus-Politik der Europäischen Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/1999, S. 32-39.
- Wurzel, Ulrich G.: Eine neue Generation von Rentierstaaten: Bodenschätze, geostrategische Interessen und autoritäre Regime in Zentralasien der Fall Kasachstan, in: asien afrika lateinamerika, Jg. 27, 1999, S. 543-568.
- Schilling, Walter: Die Wiederkehr der Geopolitik im Kaukasus und Zentralasien, in: Aussenpolitik, Jg. 49, Heft 2/1998, S. 55-61.